

# **10 JAHRE SELBSTENTTARNUNG DES NSU**

---

## **„Seehofer macht sich lächerlich“**

- **Meron Mendel: Nötige Strukturreformen in Polizei und Behörden wurden nicht durchgesetzt. Das politische Versagen im NSU-Komplex setzt sich fort – ganz besonders in Hessen**
- **Bildungsstätte Anne Frank übt scharfe Kritik an Bundesinnenminister Seehofer, der „alle Reformen umgesetzt“ sieht**

**Anlässlich des zehnten Jahrestags der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) am 4. November fordert die Bildungsstätte Anne Frank eine flächendeckende Sensibilisierung von Polizei und Behörden für die Themen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und rechte Netzwerke. Sie kritisiert den geschäftsführenden Bundesinnenminister Seehofer, der diesen Prozess bereits abgeschlossen sieht.**

**Prof. Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank:**

„Die Selbstenttarnung des NSU steht für das völlige Versagen der Sicherheitsbehörden. Sie steht für eine Polizei, die mögliche rassistische Motive übersieht und stattdessen selbst unbewusst rassistische Framings bei den Ermittlungen anwendet. Wenn Seehofer diesen Prozess als abgeschlossen sieht, macht er sich lächerlich“, sagt Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main. „Weder auf Bundes- noch auf Landesebene wurden in den vergangenen zehn Jahren die nötigen Strukturreformen durchgesetzt. Zu so einer Ansicht kann nur kommen, wer angesichts fast täglicher Berichte von rechten Netzwerken, Chatgruppen oder Munitionsverlusten die Augen verschließt, wer die Berichte von Betroffenenorganisationen grundsätzlich ignoriert. Die neue Regierung ist aufgefordert, mit der Tradition des Aussitzens und der Symbolpolitik zu brechen“, sagt Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main, in der auch die hessische Beratungsstelle response für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt angesiedelt ist.

Während der Mordserie des NSU wurden acht Menschen mit türkischer, kurdischer und griechischer Migrationsgeschichte aus rassistischen Gründen erschossen, bei einem Brandanschlag in Köln 22 Menschen teils schwer verletzt. Die Mordserie blieb auch deshalb jahrelang unentdeckt, weil die Behörden die Angehörigen der Opfer verdächtigten, ihnen Verbindungen ins organisierte Verbrechen und Drogenhandel vorwarfen – mit durchaus rassistischen Untertönen. Während die Behörden klassische Täter-Opfer-Umkehr betrieben, konnte die rechte Terrorzelle und ihr Netzwerk weitere Morde planen und Menschen töten. Eine der zentralen Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags war 2014, sicherzustellen, dass künftig mögliche rassistische Motive bei Gewalttaten ermittelt werden und struktureller Rassismus in den Behörden bekämpft wird. Gegenüber der Nachrichtenagentur DPA hatte der geschäftsführende Bundesinnenminister Seehofer erklärt, der NSU-Komplex sei „in Bund und Ländern aufgearbeitet“.

Meron Mendel zieht ein pessimistisches Fazit: „Innerhalb der letzten zehn Jahre haben die Behörden leider versäumt, das erschütterte Vertrauen neu aufzubauen und die strukturellen Probleme anzugehen. Wir kennen zahlreiche neuere Fälle von Angriffen auf Schwarze und Menschen of Colour, Migrant\*innen, Jüdinnen und Juden, bei denen rechte Tatmotivationen ignoriert oder bagatellisiert, den Betroffenen nicht geglaubt oder eine Mitschuld am Geschehen gegeben wurde. Wir sehen, dass Beamt\*innen rechte, rassistische und antisemitische Tatmotivationen nicht immer erkennen können und für die Spezifika rechter Gewalt nicht ausreichend geschult sind. Wie sollen dabei gute

Ermittlungsergebnisse herauskommen – wenn sogar der Innenminister entsprechenden Bemühungen in den Rücken fällt?“

Mendel fordert flächendeckend in allen Dienststellen und in allen Ländern verpflichtende Aus- und Weiterbildungsprogramme zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und rechte Netzwerke – für Bundes- und Landeskriminalämter ebenso wie für die Bundes- und Landespolizei und ihre Sondereinsatzkommandos.

Mendel sieht die bisherigen Bemühungen auf diesem Gebiet kritisch: „Wir wissen zwar von einzelnen engagierten Dienststellen und Einheiten, dass Lehren aus den damaligen Fehlern gezogen wurden. So hat etwa das Bundeskriminalamt (BKA) Beamt\*innen zu diesen Themen bei der Bildungsstätte schulen lassen. Doch es reicht nicht, wenn einzelne Einheiten auch mal ein Antirassismus-Training veranstalten.“

Das Land Hessen sieht Mendel besonders aufgefordert zu handeln – hier haben zwei Opfer des NSU gelebt, hier befindet sich ein Tatort, hier wurde Walter Lübcke von einem Neonazi erschossen, dessen Verbindungen ins Unterstützungsumfeld des NSU noch nicht aufgeklärt wurden, in Hessen sind mehrere Chatgruppen von Polizisten (darunter auch das SEK) mit rechtsextremen Inhalten aufgefliegen, hier wurden teils gesperrte personenbezogene Daten von Polizeicomputern in Frankfurt und Wiesbaden abgerufen und unter dem Chiffre NSU 2.0 Drohschreiben an Frauen des öffentlichen Lebens verschickt, darunter die Frankfurter NSU-Anwältin Seda Başay-Yıldız.

„Es wäre etwas zu vereinfacht, die direkte Linie vom NSU zum NSU 2.0 zu ziehen – aber diese Lesart wird umso stärker in der Wahrnehmung, je weniger die politischen Entscheider\*innen die Missstände beheben. In Hessen scheint die schwarz-grüne Koalition das Problem aussitzen zu wollen. Wenn selbst die Leiterin der Landespolizei sich erschüttert zeigt von der Menschenverachtung, die ihr im Zusammenhang mit den rechtsextremen Chats begegnet ist, und eine Sensibilität für Rechtsextremismus auch in Teilen der Leitungsebene vermisst, sollte allen klar sein, dass ein Ruck durch die hessischen Behörden gehen muss.“

Die scheidende Leiterin des hessischen LKA, Sabine Thureau, hatte sich letzte Woche in einem Interview mit der ZEIT überraschend für eine umfassende Untersuchung der Polizei durch unabhängige Wissenschaftler\*innen ausgesprochen – die Behörden selbst und auch Bundesinnenminister Seehofer wehren sich seit Langem gegen eine solche Untersuchung. Sie bemängelt außerdem fehlende Transparenz bei der Aufarbeitung des Polizeiskandals und wünscht, „dass eine Kultur selbstverständlich wird, in der extremistisches Verhalten sofort bemerkt und auch eingegriffen wird“.

## **Bildungsstätte Anne Frank – Zentrum für politische Bildung & Beratung**

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Die einzige Opferberatungsstelle Hessens ist in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Auf dem Meldeportal [hessenschauthin.de](https://www.hessenschauthin.de) können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden. Das ebenfalls in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelte ADiBe-Netzwerk berät hessenweit Menschen, die Diskriminierung erfahren haben.

Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen.

Als Teil des Kompetenznetzwerk Antisemitismus (Kompas) gehört die Bildungsstätte Anne Frank zu den fünf bundesweit tätigen Organisationen mit langjähriger Erfahrung in der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritische Bildungsarbeit und der Beratung von Betroffenen sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle.

# **#HessenSchautHin**

### **Eva Berendsen**

Ansprechpartnerin für  
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 232  
M. [eberendsen@bs-anne-frank.de](mailto:eberendsen@bs-anne-frank.de)  
→ [bs-anne-frank.de](https://www.bs-anne-frank.de)

Hansaallee 150 |  
60320 Frankfurt am Main